

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

53. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 2 · 22. Februar 2022

Corona-Pandemie

Länder und Bund haben sich auf Lockerungen der Corona-Maßnahmen verständigt. Über die Beschlüsse unterrichtete die Landesregierung den Landtag. Die Pandemie war auch Thema einer Sondersitzung. S. 3

Lehramt

Der Vorschlag der Schulministerin für eine Abschaffung des Numerus clausus für Lehramtsstudiengänge hat den Landtag beschäftigt. Die Abgeordneten debattierten in einer Aktuellen Stunde. S. 7

Serie: Landtagswahl

Was ist neu bei der Landtagswahl? Was bedeutet die Corona-Pandemie für die Organisation? Im zweiten Teil der Landtag-Intern-Serie beantwortet der Landeswahlleiter diese und weitere Fragen. S. 8-9

Heine, Brecht und Co.

In ihren Plenarreden zitieren Abgeordnete oftmals bekannte Dichter und Denker. Landtag Intern gibt einen Einblick in die Zitate der zu Ende gehenden Legislaturperiode. S. 14-15



Angsträume
Vorschläge für mehr Sicherheit

INHALT

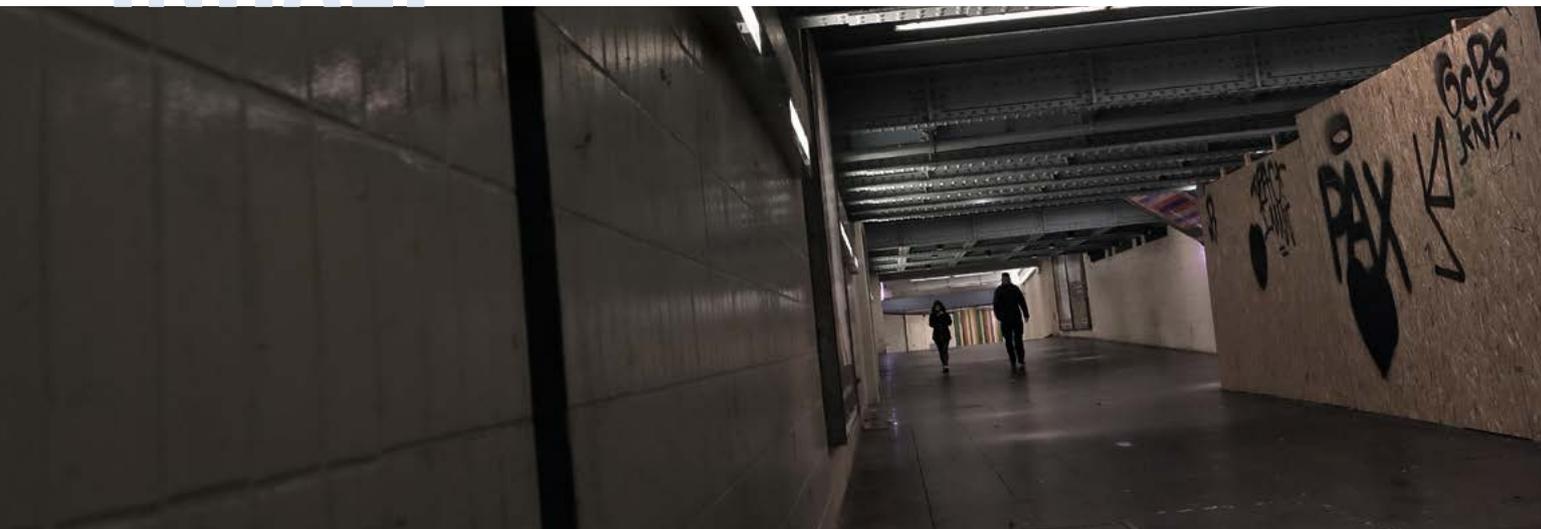


Foto: Schälte

Dunkle Ecken

<u>Sachverständige beraten Forderungen nach mehr Sicherheit</u>	S. 11
<u>Standpunkte</u>	S. 12

Aus dem Plenum

<u>Zeit der Lockerungen</u>	S. 3
<u>Meldungen</u>	S. 4
<u>Debatte um Lehrerausbildung</u>	S. 7

Forum

<u>Wahl 2022: Interview mit dem Landeswahlleiter</u>	S. 8
<u>Gesetzgebung</u>	S. 10

Forum

<u>Sag es mit Heine, Brecht und Co.</u>	S. 14
<u>Aus den Fraktionen</u>	S. 16
<u>Aus den Ausschüssen</u>	
<u>Meldungen</u>	S. 18
<u>Im Porträt</u>	
<u>Guido Déus (CDU)</u>	S. 19
<u>Kurz notiert</u>	S. 20

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, Vi.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2064 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Nadja Wilkins (FDP), Désirée Linde (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 18. Februar 2022, 11.30 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig. Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Auflage: 30.000

Titelbild: Schälte

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



Zeit der Lockerungen

Debatte zu neuer Phase in der Corona-Pandemie

17. Februar 2022 – Die Länder haben sich mit dem Bund auf schrittweise Lockerungen der Corona-Schutzmaßnahmen verständigt. Über die konkrete Umsetzung der Beschlüsse in Nordrhein-Westfalen debattierte der Landtag nach einer Unterrichtung durch Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU).

In Nordrhein-Westfalen sollten zunächst die Kontaktbeschränkungen für Geimpfte und Genesene sowie die Zugangsbeschränkungen im Einzelhandel bei gleichzeitiger Maskenpflicht enden. Weitere Schritte waren vorgesehen. Am 20. März sollten dann alle einschneidenden Auflagen auslaufen, wenn die Situation in den Krankenhäusern dies zulässt. Es gilt weiter ein „Basisschutz“, darunter die Maskenpflicht in Innenräumen, Bussen und Bahnen.

„Die Pandemie wird bleiben, aber die aktuelle Entwicklung gibt uns Grund zur Hoffnung“, sagte Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU). Trotz angekündigter Öffnungen gelte: „Wir müssen achtsam bleiben.“ Über den 19. März hinaus brauche es eine „Rechtsgrundlage für bewährten Basisschutz“. Dazu zählten Maske, Abstands- und Hygienekonzepte sowie Testnachweise, „wenn immer es nötig ist“. Im kommenden Herbst sei mit einer weiteren Coronawelle zu rechnen. „Wir müssen die einrichtungsbezogene Impfpflicht hinkriegen.“ Im Bund müsse die Debatte um die Impfpflicht weitergeführt werden, auch wenn die Zahl der Infizierten aktuell sinke.

„Impfpflicht in diesem Sommer“

„Wir erlauben uns jetzt Lockerungen, das ist gut und richtig“, sagte SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty**. Diese müssten verknüpft werden mit einer „Impfpflicht jetzt in diesem Sommer“. Es sei zu begrüßen, dass sich Bund und Länder darauf verständigt hätten, die Impfpflicht einzuführen. Einzelne Unionspolitiker äußerten aber bereits Einschränkungen. Ministerpräsident Wüst müsse konkretisieren, welche Vorstellung die Landesregierung habe. Die von ihr angekündigte Abschaffung von PCR-Pooltests an Grundschulen zum 28. Februar bezeichnete Kutschaty als „Flucht vor Verantwortung – das ist schlecht für unsere Schülerinnen und Schüler“.

Sein Vorredner habe versucht, „dem Ministerpräsidenten die Verantwortung für die allgemeine Impfpflicht in die Schuhe zu schieben“, sagte CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen**. Tatsächlich habe die Bundesregierung die Verantwortung von Anfang an abgelehnt und wie eine „heiße Kartoffel“ ins Parlament geschoben. Die Corona-Politik in Nordrhein-Westfalen dagegen sei seit Beginn ein „Erfolgsmodell“, sagte Löttgen.

Das Land führe nach wie vor das „Team Vernunft“ an. Der beschlossene „Dreischritt zur Aufhebung von Grundrechtsbeschränkungen“ sei ein „planvolles Vorgehen“ und gebe Sicherheit.

Die aktuelle Coronalage mache „Lockerungen mit Augenmaß“ möglich, sagte Grünen-Fraktionschefin **Josefine Paul**. Der von der Bund-Länder-Konferenz vereinbarte Stufenplan sei deshalb grundsätzlich der richtige Ansatz, Schritt für Schritt Einschränkungen zurückzunehmen. Allerdings müssten die Öffnungsschritte an „klare Kriterien“ wie etwa die Hospitalisierungsrate gebunden werden. Stattdessen gehe man „rein nach Terminkalender“ vor. Paul wies darauf hin, dass noch immer zu wenig Menschen geimpft seien. Die Impfkampagne müsse wieder in Schwung kommen, um auf Herbst und Winter vorbereitet zu sein.

„Wir wollen und müssen das Leben mit Corona organisieren“, unterstrich FDP-Fraktionschef **Christof Rasche**. Mit dem Vortag seien aus Hoffnung Perspektiven geworden. Die Jugend, das Ehrenamt, Kunst und Kultur, die Gastronomie und die Veranstaltungsbranche – „alle atmen wieder auf“, sagte Rasche. Es gebe guten Grund, mutig und optimistisch auf die kommenden Monate zu blicken und auch Osterfeuer und Schützenfeste nicht frühzeitig abzusagen. „Die politische Corona-Strategie der Angst ist vorbei“, betonte der Abgeordnete. „Die Menschen in NRW können sich auf die NRW-Koalition verlassen.“

„Was mir viel mehr Sorge bereitet als die Spaziergänger, sind Teile der Regierung in Land und Bund, die sich ganz offensichtlich von der Wissenschaft distanzieren, ja fast abgekoppelt haben“, sagte **Dr. Martin Vincenz** (AfD). „Sie geben klein bei vor Eltern, die sie erst verunsichert haben mit ihrer Politik“, kritisierte er Masken und „Massentests“ in Schulen. Nicht die Erkrankung, sondern die Quarantäneregeln bedrohten die kritische Infrastruktur, denn die Menschen lägen nicht krank im Bett. „Geben Sie den Menschen endlich ihre Freiheit zurück, und zwar sofort“, forderte der Abgeordnete.

Der Landtag beschloss den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP „Pandemische Leitlinien gemäß § 3 Absatz 2 Satz 1 Infektionsschutz- und Befugnisgesetz“ ([17/16488](#)). Für den Antrag stimmten CDU und FDP, dagegen SPD, Grüne und AfD.

tob, zab, sow

Foto: Schälte

Bereits am Tag vor der Bund-Länder-Konferenz (15.2.2022) hatte der Landtag in einer Sondersitzung über die Coronalage beraten. In einer Unterrichtung informierte Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) die Abgeordneten über die Position der Landesregierung für die Konferenz. Es schloss sich eine teils kontroverse Debatte an. Die Sondersitzung war von den Fraktionen von SPD und Grünen beantragt worden. Mehr über die Sitzung lesen Sie im Internet: www.landtag.nrw.de/Aktuelles/Meldungsarchiv.



Trauer um Dr. Klose

15.2.2022 – Der Landtag hat Abschied von seinem langjährigen früheren Vizepräsidenten Dr. Hans-Ulrich Klose (Foto) genommen. Die Abgeordneten gedachten des CDU-Politikers vor Beginn der Sondersitzung mit einer Schweigeminute. Er war am 7. Februar 2022 im Alter von 86 Jahren gestorben. Der Präsident des Landtags, André Kuper, würdigte Klose als einen „leidenschaftlichen Parlamentarier“, der durch seine „herausragende Persönlichkeit“ die Entwicklung und politische Kultur des Landes über Jahrzehnte mitgestaltet habe. „Wir verlieren einen Kämpfer für Demokratie und Freiheit.“ Sein vier Jahrzehnte währendes Wirken im Landtag sei geprägt gewesen von einer beeindruckenden Sachkenntnis, unermüdlichem Engagement und großer Fairness.

Klose war 18 Jahre lang (1982–2000) Vizepräsident des Landtags und gehörte dem Parlament insgesamt 39 Jahre an (1966–2005). In dieser Zeit wirkte er auch als Ausschussvorsitzender sowie als Justiziar und stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion. Von 1994 bis 1999 war er Bürgermeister seiner Heimatstadt Korschenbroich. Geboren wurde er 1935 im brandenburgischen Rüdersdorf. Er studierte Rechts- und Wirtschafts- sowie Politische Wissenschaft in Berlin und Köln.

Änderungen im Schulrecht

16.2.2022 – Das Parlament hat Änderungen im Schulrecht beschlossen. Seit September vergangenen Jahres hatten Abgeordnete und Sachverständige über den von der Landesregierung vorgelegten Entwurf für das „Gesetz zur Modernisierung und Stärkung der Eigenverantwortung von Schulen (16. Schulrechtsänderungsgesetz)“ diskutiert. Es geht um neue Freiräume und Möglichkeiten für Schulen, eigene Entscheidungen zu treffen, etwa bei der Gestaltung des Unterrichts und digitalen Angeboten. „In Zeiten pandemiebedingter Einschränkungen des Schulbetriebs war die Anwendung von digitalen Systemen ein Kernelement der pädagogischen Kommunikation und Arbeit. Auch außerhalb von Pandemiezeiten werden solche Instrumente künftig weiterhin und verstärkt von den Schulen genutzt werden“, schreibt die Landesregierung in ihrem Gesetzentwurf. Auch werde Digitalisierung explizit Gegenstand des Bildungs- und Erziehungsauftrags. Weitere Änderungen betreffen eine stärkere Mitwirkung der Eltern- und Schülerschaft, die Herausbildung einer europäischen Identität und ein von jeder Schule einzurichtendes Schutzkonzept gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch. Der Gesetzentwurf der Landesregierung ([17/15911](#)) wurde in zweiter Lesung mit den Stimmen von CDU und FDP angenommen. Dagegen stimmten SPD, Grüne und AfD. Ein Änderungsantrag der AfD ([17/16559](#)) wurde ebenso wie ein Entschließungsantrag von SPD und Grünen ([17/16546](#)) abgelehnt.

A45 – Hilfe für die Region

16.2.2022 – Die schwierige Verkehrssituation in und um Lüdenscheid hat das Plenum beschäftigt. Seit Anfang Dezember 2021 müssen Transit- und Ortsverkehr wegen der vollgesperrten Autobahn 45 ausweichen, deren marode Talbrücke Rahmede gesprengt werden muss. Mit einem Antrag will die Grünen-Fraktion „die von der Brückensperrung der A45 betroffene

Region unterstützen und entlasten“ ([17/16465](#)). Die Landesregierung solle u. a. beim Bund auf einen schnellen und rechtssicheren Neubau der Brücke hinwirken, eine koordinierende Ansprechperson vor Ort einsetzen und einen Hilfsfonds für Lärmschutz, Schadenersatz und weitere Zwecke einrichten. Vorsorge sei nötig: Eine solche Verkehrskatastrophe dürfe sich nicht wiederholen. Ebenso Grundlage der Debatte war der SPD-Antrag „Lebensader A45 durchtrennt – Menschen, Wirtschaft und Kommunen in Südwestfalen brauchen verlässliche Hilfen!“ ([17/16481](#)). Die Fraktion verweist u. a. auf „massiv gestiegene Emissionen“, in Mitleidenschaft gezogenes Privateigentum und die belastete regionale Wirtschaft. Entsprechende Hilfestellung sei zu leisten. Die Fraktion fordert ebenfalls u. a. einen Sonderfonds, ein Koordinierungsbüro vor Ort und einen engen Austausch mit den lokalen Akteuren. Der Antrag der Grünen wurde zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss überwiesen. Der SPD-Antrag wurde abgelehnt.

Opferschutz

16.2.2022 – Der Landtag hat die Errichtung einer „Stiftung Opferschutz Nordrhein-Westfalen“ beschlossen. Ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen ([17/15877](#), [17/16498](#)) wurde einstimmig angenommen. Die Stiftung soll einen Fonds verwalten, aus dem Opfer von Gewalttaten finanzielle Leistungen erhalten können. Mit dem Geld könnten sie zum Beispiel Akutbedarfe decken oder erforderliche Zahlungen leisten. „Menschen, die unverschuldet Opfer einer Gewalttat geworden sind, haben nicht unbedingt Anspruch auf finanzielle Hilfen“, heißt es im Antrag. So komme es „regelmäßig vor, dass ein grundsätzlich bestehender zivilrechtlicher Schadenersatzanspruch der Betroffenen nicht befriedigt werden kann, weil der Täter mittellos ist“. In anderen Fällen könnten staatliche Leistungen des Opferentschädigungsgesetzes nicht gewährt werden, „weil die immer



noch relativ engen rechtlichen Voraussetzungen dieses Gesetzes (...) nicht erfüllt sind“. Im schlimmsten Fall seien Opfer von Gewalttaten dann auf Sozialhilfe angewiesen.

Kinderschutzkommission

16.2.2022 – Die Kinderschutzkommission hat im Landtag ihren Jahresbericht 2021 vorgestellt (Vorlage [17/6309](#)). Sie war im November 2019 auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen als Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend eingerichtet worden. Die Schwerpunktthemen des vergangenen Jahres seien „Kinder- und Jugendmedienschutz/sexualisierte Gewalt und digitale Medien“, „Bildung und Schule“ sowie „Polizei und Justiz“ gewesen, berichtete Vorsitzende [Britta Altenkamp](#) (SPD). Zudem habe die Kommission ein Gutachten zu „Organisation, Struktur, Größe, Standards, Qualität, Fortbildung und Weiterbildung in nordrhein-westfälischen Jugendämtern“ in Auftrag gegeben. In diesem

Zusammenhang empfehle man, die Schaffung von „Jugendämterverbänden“ zu prüfen, heißt im Bericht. Durch den Zusammenschluss kleinerer Jugendämter in NRW könnte deren Leistungsfähigkeit gesteigert werden. Die Kinderschutzkommission hat im vergangenen Jahr insgesamt neunmal getagt.

Große Anfrage: Abfallwirtschaft

16.2.2022 – Um die Zukunftsfähigkeit der Abfallwirtschaft in Nordrhein-Westfalen ging es in einer Großen Anfrage ([17/14402](#)) der Grünen-Fraktion und der Antwort der Landesregierung ([17/15753](#)). Die Fraktion hatte rund 180 Einzelfragen zu sechs Themenkomplexen gestellt. Themen waren die Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, Deponiekapazitäten, gefährliche Abfälle, Altlasten, Baustoffrecycling sowie Arbeitsschutz und Arbeitsbedingungen auf Deponien. Die Antwort der Landesregierung umfasst 94 Seiten. Acht Ministerien seien an der Beantwortung beteiligt gewesen.

Schutz vor Sexismus

17.2.2022 – Die Landesregierung soll eine Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne zum Thema „Sexismus“ auflegen. Einen entsprechenden Antrag der Fraktionen von CDU und FDP ([17/16482](#)) hat der Landtag mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen angenommen bei Gegenstimmen der anderen Fraktionen. Gemeinsam mit den anderen Bundesländern solle die Landesregierung zudem die Präventionsarbeit an Schulen ausbauen und sich dabei mit Beratungsstellen sowie weiteren „zivilgesellschaftlichen Akteuren“ vernetzen. „Sexismus wird als Sammelbegriff für eine Vielzahl von Darstellungs-, Ausdrucks-, Übergriffs- und Herabwürdigungsformen verstanden“, heißt es im Antrag der Fraktionen. Mit Sexismus gingen stets Abwertung, Diskriminierung und Hass einher, „die im schlimmsten Falle zu körperlicher Gewalt führen können“. Sexismus habe in einer offenen Gesellschaft keinen Platz und widerspreche einem respektvollen Umgang miteinander.

Verpflichtung

Der Präsident des Landtags, André Kuper (r.), hat am 15. Februar 2022 Falk Heinrichs (SPD) als neuen Abgeordneten verpflichtet. Der Präsident hieß den Abgeordneten herzlich willkommen und wünschte ihm viel Erfolg bei seiner Arbeit „zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens“. Der 61-jährige Berufssoldat aus dem Kreis Siegen-Wittgenstein rückt für den SPD-Abgeordneten Hubertus Kramer nach, der am 24. Januar 2022 nach schwerer Krankheit gestorben war. Heinrichs gehörte dem Landesparlament bereits von 2012 bis 2017 an.

Foto: Schälte





Große Anfrage: Ländlicher Raum Wohnraum

17.2.2022 – Knapp 300 Fragen hat die SPD-Fraktion an die Landesregierung gerichtet, um sich ein Bild zu verschaffen über die „Chancen für das Leben auf dem Land – Entwicklungsperspektiven der ländlichen Räume in NRW“ (17/13205). Es handle sich in NRW nicht um klassische ländliche Räume, die durch die land- oder forstwirtschaftliche Produktion dominiert würden, sondern um Regionen unter starkem urbanen Einfluss. Sie hätten sich zunehmend zu einem Schwerpunkt für Gewerbe und Industrie entwickelt mit guter Ausgangssituation im bundesdeutschen Vergleich. Es gelte, dem demografischen Wandel, dem Fachkräftemangel und einem mangelnden Anschluss an den Öffentlichen Nahverkehr zu begegnen. In ihrer Antwort (17/14894) auf die Große Anfrage der SPD erläutert die Landesregierung auf 536 Seiten Text und Tabellen den derzeitigen Zustand und Perspektiven für den ländlichen Raum, in dem mit rund 5,3 Millionen Menschen knapp ein Drittel der NRW-Bevölkerung lebt. Ein Entschließungsantrag der SPD (17/16549) wurde abgelehnt.

Windanlagen im Wald

17.2.2022 – Die AfD-Fraktion hat in einem Antrag (17/16476) gefordert, dass der Bau von Windkraftanlagen in Waldgebieten „ausnahmslos“ untersagt werden solle. Bereits jetzt zeige sich, dass „der massive Ausbau der Windindustrialisierung“ auf immer größeren Widerstand bei der örtlichen Bevölkerung stoße, heißt es im Antrag. Vögel, Fledermäuse und andere flugfähige Tierarten fänden „in beachtlicher Anzahl den Tod durch die Rotorblätter der Anlagen“. Zusätzlich wirkten sich die mit dem Anlagenbau einhergehenden Waldrodungen nachteilig auf die bestehende Fauna aus, indem der heimischen Tierwelt große Flächen als Nahrungs- und Rückzugsbereich entzogen würden. Der Antrag wurde mit den Stimmen der anderen Fraktionen abgelehnt.

17.2.2022 – Der Landtag hat die Landesregierung beauftragt, Wohnraum für Familien und ältere Menschen zu fördern. Grundlage sind zwei Anträge der Fraktionen von CDU und FDP (17/16484 Neudruck; 17/16486), die mit Mehrheit angenommen wurden. Die Landesregierung solle u. a. das bestehende Programm „Jung kauft Alt. Junge Menschen kaufen Bestandsimmobilien“ erhalten, stärken und weiterentwickeln. Dabei sollen Familien gefördert werden, die ältere Immobilien kaufen möchten. Die Landesregierung solle zudem prüfen, ob ein Programm „Jung kauft Alt Plus“ durch ein Modellprojekt in mindestens zehn Kommunen gefördert werden könne. Bei diesem Programm solle der Wohnungstausch gefördert werden, schreiben die Fraktionen: Seniorinnen und Senioren suchten oft eine kleinere und altersgerechte Wohnung, während Familien Ausschau nach einem größeren Zuhause hielten. Beim Tausch von Mietwohnungen zwischen den Generationen sollen Renovierungsarbeiten gefördert und bisherige Mietkonditionen für fünf Jahre garantiert werden. Zudem sollen Förderangebote zum Thema „Wohnen im Alter“ gestärkt und bauliche Barrieren abgebaut werden. Zwei Entschließungsanträge der SPD (17/16575, 17/16576) wurden abgelehnt.

Aktuelle Stunde: Energiepreise

18.2.2022 – Der Landtag hat in einer Aktuellen Stunde über die gestiegenen Energiepreise und die damit verbundenen Belastungen für Verbraucherinnen und Verbraucher debattiert. Der Aussprache lagen Anträge der Fraktionen von AfD (17/16543) sowie CDU und FDP (17/16544) zugrunde. Christian Loose (AfD) kritisierte, die Landesregierung schalte reihenweise Kraftwerke ab und verfolge die „dümmste Energiepolitik der Welt“. Das treibe die Preise nach oben, wovon Russland und Frankreich profitierten. Abgeschaltete Kraft-

werke müssten wieder in Betrieb genommen werden, um Energiepreise zu senken. Die CO₂-Zertifikate sollten „wieder in den Markt gegeben“ oder abgeschafft werden. Dr. Christian Untrieser (CDU) sagte mit Blick auf seinen Vorredner: „Sie vermengen und vermischen alles.“ Wahr sei, dass die Bürgerinnen und Bürger für Energie mehr bezahlen müssten. Um der Preissteigerung entgegenzuwirken, müssten u. a. die EEG-Umlage und die „anachronistische“ Stromsteuer abgeschafft sowie die Mehrwertsteuer auf Energie gesenkt werden. Dietmar Brookes (FDP) sagte: „Hohe Energiepreise gefährden die Akzeptanz der Energiewende.“ Sie drohten auch zum Bremsklotz einer wirtschaftlichen Erholung zu werden. Die Erneuerbaren Energien seien nun nahezu wettbewerbsfähig. Die EEG-Umlage, die die Verbraucherinnen und Verbraucher belaste, könne deshalb abgeschafft werden. Dietmar Bell (SPD) kündigte an, seine Fraktion wolle die soziale Dimension der gestiegenen Energiepreise in den Fokus rücken, ebenso die Lenkungswirkung bestimmter Maßnahmen. Außerdem gelte es, einen starken Standort NRW zu sichern. Dazu gehörten ausdrücklich wettbewerbsfähige Energiekosten für die energieintensiven Unternehmen. Wibke Brems (Grüne) kritisierte, alle Vorschläge der Koalition beträfen den Bund. Es werde keine Maßnahme genannt, die die Landesregierung umsetzen könne, um die Menschen zu entlasten. Dies sei „schwach“. Die Forderungen würden mehr als 20 Milliarden Euro Belastungen für den Bundeshaushalt bedeuten. Es werde aber nicht gesagt, woher das Geld kommen solle. Dies sei „unseriös“. Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP) verwies darauf, dass die Landesregierung ein Maßnahmenpaket in den Bundesrat eingebracht habe, um die Energiekosten zu senken. So müsse der Strom von staatlichen Steuern und Belastungen befreit werden. Pinkwart begrüßte, dass die Bundesregierung die EEG-Umlage abschaffen wolle. Sie verteuere den Strom und sei sozial ungerecht.

Lehramt und Numerus clausus

Debatte über möglichen Wegfall der Zulassungsbeschränkungen fürs Studium

16. Februar 2022 – Um mehr Lehrkräfte für die nordrhein-westfälischen Schulen zu gewinnen, hat Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) eine Abschaffung des Numerus clausus (NC) vorgeschlagen. Der Landtag debattierte auf Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen über den möglichen Wegfall der Zulassungsbeschränkungen fürs Lehramtsstudium.

Die SPD-Fraktion schreibt in ihrem Antrag (17/16541) von einem „überraschenden und inhaltlich fragwürdigen Vorstoß zum Ende der Wahlperiode“. Hochschulen und Lehrverbände hätten darauf „mit Zurückhaltung und Verwunderung“ reagiert. Die Grünen-Fraktion spricht vom „Offenbarungseid einer gescheiterten Schulpolitik“ (17/16542). Den Mangel an Lehrkräften in der Primarstufe und der Sekundarstufe I führt die Fraktion auf die im Vergleich zur Sekundarstufe II schlechtere Besoldung zurück.

Das Schulministerium sei „großspurig“ gestartet und als „Bettvorleger“ gelandet, sagte **Jochen Ott** (SPD). Es gebe kein Konzept. Er sprach von rund 8.000 unbesetzten Stellen an Schulen. Das sei ein „Offenbarungseid“. Es fehlten Lehrkräfte an Berufskollegs sowie an Grund-, Haupt- und Realschulen. „Wann werden Sie endlich wach?“, fragte er in Richtung Landesregierung. Ott warnte vor einer Abschaffung des Numerus clausus ohne vorherige Verhandlungen mit den Hochschulen und ohne

die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten. Erforderlich seien u. a. mehr Studienplätze und mehr Geld für die Universitäten.

Schulministerin Gebauer habe es versäumt, wirksame Maßnahmen gegen den Lehrermangel auf den Weg zu bringen, sagte **Sigrid Beer** (Grüne). Grundschulen hingen als „Zeichen der tiefen Erschöpfung und der Kapitulation vor dieser Schulpolitik“ bereits weiße Tücher aus den Fenstern. Die Ministerin habe auf diesen Protest bisher nicht reagiert. Der Vorstoß, den Numerus clausus abzuschaffen, habe „keine Substanz“, sagte Beer. An zusätzliche Kapazitäten an den Universitäten sei offenbar nicht gedacht worden. Sie forderte „A13 als gleiche Eingangsbesoldung“ auch für die Grundschule und die Sekundarstufe I.

„Keine Denkverbote“

Petra Vogt (CDU) wies darauf hin, dass die Landesregierung beim Lehrkräftemangel von Anfang an klargemacht habe, dass es „keine Denkverbote“ geben solle. „Und sicherlich kann man auch über den NC nachdenken.“ Wichtiger sei aber, die Rahmenbedingungen im Blick zu behalten. Dabei gehe es primär um die vorhandenen Studienplätze sowie den Erhalt der Ausbildungsqualität. Die Landesregierung habe in den vergangenen Jahren „schnell und zielorientiert“ mehrere Maßnahmen auf den Weg gebracht. Dazu zähle eine „Studienplatzoffensive“. Es seien rund 1.450 neue Studienplätze geschaffen und dauerhaft gesichert worden.

Die rot-grüne Vorgängerregierung habe schulpolitisch einen „Scherbenhaufen“ hinterlassen, kritisierte **Daniela Beihl** (FDP). Schwarz-Gelb dagegen habe seit 2017 den Schuletat um 3,1 Milliarden Euro erhöht und seit 2018 mehr als 10.000 Stellen für Lehrkräfte eingerichtet. Da die Lehrämter gleichwertig seien, so Beihl, sei eine „einheitliche Einstiegsbesoldung“ erforderlich. Die FDP-Fraktion unterstütze das Vorhaben, weitere Lehramtsstudienplätze einzurichten. Somit werde die Voraussetzung geschaffen, mehr Lehrkräfte auszubilden und den Numerus clausus „an immer mehr Hochschulen dann auch perspektivisch entfallen zu lassen“.

Die Lehrerausbildung sei früher zweckmäßig gewesen und habe für eine genügende Anzahl an Lehrkräften in allen Schulstufen



Daniela Beihl (FDP)



Helmut Seifen (AfD)



Schulministerin
Yvonne Gebauer (FDP)

Fotos: Schälte



Jochen Ott (SPD)



Sigrid Beer (Grüne)



Petra Vogt (CDU)

gesorgt, sagte **Helmut Seifen** (AfD). Die Änderung der Lehrerausbildung aus dem Jahr 2009 habe das Grundschulstudium derart erschwert, dass viele Studierende das Studium abbrächen. Insgesamt habe die Landesregierung zwar „die schlimmsten Verwerfungen sozialistischer Bildungspolitik geheilt“, traue sich aber nicht, grundlegende Reformen anzugehen. Sie könne somit nur „an Symptomen herumdoktern“, kritisierte der Abgeordnete im Plenum.

Möglicherweise hätten SPD und Grüne ein schlechtes Gewissen, weil sie eine „völlig unregelte und völlig ungesteuerte Situation für die Ausbildung von Lehrkräften hinterlassen“ hätten, sagte Schulministerin **Yvonne Gebauer** (FDP). Die Landesregierung habe hingegen den tatsächlichen Bedarf ermittelt und vier Maßnahmenpakete auf den Weg gebracht, die bereits zu mehr als 5.700 zusätzlichen Einstellungen und zu rund 1.400 zusätzlichen Studienplätzen geführt hätten. Sie sei anspruchsvoll und wolle weitere Lösungen finden, betonte Gebauer. Die Universität Siegen verzichte beim Lehramtsstudium bereits auf den Numerus clausus.

zab, tob, sow

„Wir machen keine Prognosen, wir

Alles wie immer bei der Landtagswahl am 15. Mai 2022? Nicht ganz. Die Corona-Pandemie hat ein paar Änderungen mit sich gebracht. Dass etwa nur noch halb so viele Unterschriften beigebracht werden müssen, damit eine Partei für die Wahl zugelassen wird. Und sonst? Landeswahlleiter Wolfgang Schellen über Neuigkeiten und Altbewährtes.

Herr Schellen, wo werden Sie sich am Wahltag aufhalten?
Wolfgang Schellen: Ich gehe morgens wählen und bin ab nachmittags in meinem Büro in der Geschäftsstelle der Landeswahlleitung in Düsseldorf, wo ich bis in die Morgenstunden des nächsten Tages bleibe. So lange wird es vermutlich dauern, bis das vorläufige Wahlergebnis feststeht. Wenn ich ins Büro komme, sind die Kollegen schon da. Die Geschäftsstelle ist ab 8 Uhr geöffnet, also ab Beginn der Wahl.

Wie viele Parteien treten an?

Die Zahl der landesweit antretenden Parteien steht erst nach der Sitzung des Landeswahlausschusses am 29. März fest, wenn wir über die Zulassung der Landeslisten entscheiden. Bei der letzten Landtagswahl im Jahr 2017 wurden 31 Landeslisten von Parteien zugelassen. Bei weiteren vier Gruppierungen wurde die Zulassung abgelehnt. Ausschlaggebend dafür sind in der Regel formale Gründe, wenn etwa Unterstützungsunterschriften nicht in ausreichender Zahl erbracht worden sind.

Trudeln aktuell viele Zulassungsanträge in der Geschäftsstelle ein?

Noch sind es wenige. Das liegt auch daran, dass bis vor Kurzem offen war, wie viele Unterstützungsunterschriften benötigt werden, um bei der

Wahl zugelassen zu werden. Größere Parteien haben da keine Probleme, aber für kleine Parteien und Wählergruppen kann die Quote eine Hürde darstellen. Mittlerweile herrscht Klarheit: Der Landtag hat am 26. Januar 2022 unter Berücksichtigung der Corona-Pandemie beschlossen, die Zahl von 1.000 auf 500 Unterstützungsunterschriften für eine Landesliste und von 100 auf 50 für einen Kreiswahlvorschlag abzusenken.

Ist durch die Änderung zu erwarten, dass mehr Parteien zur Wahl zugelassen werden?

Die eine oder andere Partei könnte es schaffen, die ansonsten gescheitert wäre. Erfahrungsgemäß sind die ersten 100 oder 150 Unterschriften recht schnell zu bekommen. Wenn es auf 300 oder 400 zugeht, wird es schwerer. Die 1.000er-Hürde wäre für manche Parteien sicherlich zu hoch.

Hinzu kommt, dass die Corona-Pandemie die Sammlung von Unterschriften erschweren dürfte.

In der Begründung des Gesetzentwurfs für die entsprechende Änderung zur Landtagswahl heißt es, dass man es jedenfalls nicht ausschließen könne, dass die Pandemie die Sammlung von Unterschriften erschwert.

Neu bei der Landtagswahl 2022 ist auch das sogenannte Beteiligungsanzeigeverfahren. Was hat es damit auf sich?

Das ist eine Regelung, die es erstmals in Nordrhein-Westfalen gibt. Sie knüpft an eine Vorschrift im Bundeswahlrecht an: Parteien, die nicht im Bundestag oder in einem Landtag vertreten sind oder deren Parteieigenschaft nicht bei der letzten Bundestagswahl festgestellt worden ist, müssen anzeigen, dass sie sich an der Landtagswahl beteiligen möchten. Aktuell betrifft das mehr als ein Dutzend Fälle. Das hat uns etwas überrascht, denn immerhin sind allein 45 kleinere, noch nicht etablierte Parteien bei der letzten Bundestagswahl anerkannt worden. Es gibt also immer wieder Neugründungen, die sich einem solchen Verfahren stellen.

Wie kann man sich über Parteien informieren – werden Wahlprogramme zentral veröffentlicht?

Die Parteien informieren üblicherweise im Internet über ihre Ziele. Daneben gibt es diverse Formate wie die Berichterstattung über die



Foto: Schälte

veröffentlichen Ergebnisse“

Wahl und den Wahlkampf in elektronischen und Print-Medien, in TV- und Radiowerbung der Parteien, Diskussionsrunden, Informationsstände oder Flyer. Die Wahlprogramme werden nicht zentral durch die Landeswahlleitung vorgehalten. Regelmäßig stellt die Landeszentrale für politische Bildung vor der Wahl einen sogenannten Wahl-O-Mat bereit, der es ermöglicht, anhand bestimmter Ziele zur Wahl stehender Parteien die eigene Meinung mit den Positionen dieser Parteien zu vergleichen. Bei den letzten Wahlen hat auch der sogenannte Kandidatencheck eines großen TV-Senders viel Interesse gefunden, bei dem Direktkandidatinnen und -kandidaten aus den Wahlkreisen die Möglichkeit haben, sich den Wählerinnen und Wählern in kurzen Videos vorzustellen.

Welche Regeln gelten angesichts der Corona-Pandemie am Wahltag für den Zugang zu Wahlräumen?

Das wird im Bedarfsfall die Corona-Schutzverordnung regeln. Im Moment sind wir noch zu weit vom Wahltag entfernt, um Genaueres sagen zu können. Bei der Bundestagswahl im September galt grundsätzlich eine Maskenpflicht im Wahlraum. Man durfte aber auch ungeimpft wählen, da das Wahlrecht eine fundamentale Bedeutung für Bürgerinnen und Bürger hat. Ich unterstütze die Urnenwahl, weil sie unmittelbar vor einem unabhängigen Wahlorgan stattfindet.

Ist zu erwarten, dass die Zahl der Briefwählerinnen und -wähler angesichts der Corona-Pandemie zunehmen wird?

Davon ist auszugehen. Bei der Landtagswahl 2017 lag der Briefwähleranteil noch bei 24,9 Prozent. Bei der Bundestagswahl im September 2021 war der Anteil unter Corona-Einfluss bundesweit deutlich höher und betrug 47,3 Prozent, nach 28,6 Prozent im Jahr 2017. Der Spitzenwert bei einer Landtagswahl wurde in Rheinland-Pfalz im März 2021 mit 66 Prozent Briefwählerinnen und -wählern erreicht.

Wie werden die Stimmen am Wahltag an die Landeswahlleitung übermittelt?

Die Ergebnisübermittlung erfolgt durch eine sogenannte Schnellmeldung vom Wahlraum über die Gemeinde zum Kreiswahlleiter oder zur Kreiswahlleiterin und schließlich zum Landeswahlleiter, der von IT.NRW tatkräftig unterstützt wird. Die Ergebnisse werden in der Regel über Telefon mit entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen übermittelt.

Die erste Prognose erscheint am Wahltag erst um 18 Uhr. Bestünde sonst die Gefahr der Wahlbeeinflussung?

Da hat der Gesetzgeber entschieden: Das Landeswahlgesetz lässt eine Veröffentlichung von Ergebnissen von Wählerbefragungen nach der Stimmabgabe erst nach Ablauf der Wahlzeit zu, um eine Beeinflussung von Wahlberechtigten auszuschließen.

„Die 18-Uhr-Grenze ist noch nie verletzt worden“

Ist die Landeswahlleitung an Hochrechnungen und Prognosen beteiligt?

Nein. Prognosen und Hochrechnungen werden oft von Medien in Auftrag gegeben und von Meinungsforschungsinstituten erstellt. Sie befragen Wählerinnen und Wähler, nachdem diese ihre Stimme abgegeben und den Wahlraum verlassen haben. Wir haben bisher nie Probleme gehabt, die 18-Uhr-Grenze ist nie verletzt worden.

Als Landeswahlleiter ist es Ihre Aufgabe, das Wahlergebnis festzustellen. Wie gehen Sie vor?

Der Wahlvorstand meldet das Stimmenergebnis an die Gemeinde, die den Kreiswahlleiter bzw. die Kreiswahlleiterin informiert, der oder die das Ergebnis wiederum an uns meldet. Das geschieht 128 Mal, weil wir 128 Wahlkreise in Nordrhein-Westfalen haben. Aus den Meldungen ermitteln wir wiederum mit Unterstützung von IT.NRW das Landesergebnis. Bei der Landtagswahl 2017 konnte um 3.30 Uhr das vorläufige amtliche Wahlergebnis bekannt gegeben werden. Wir sagen immer: Wir machen keine Prognosen, wir veröffentlichen Ergebnisse.

Wie lange dauert es, bis das Endergebnis feststeht?

Rund zwei Wochen. Die Kreiswahlleiter sammeln die Niederschriften der Wahlvorstände, gleichen sie mit den Schnellmeldungen ab und prüfen etwaige Auffälligkeiten. Das Resultat wird dem jeweiligen Kreiswahlausschuss vorgebracht, der das Erst- und Zweitstimmenergebnis im Wahlkreis und die dort gewählte Bewerberin oder den gewählten Bewerber abschließend feststellt. Auf dieser Grundlage werden hier die Daten aller Wahlkreise für den Landeswahlausschuss zusammengestellt. Der Landeswahlausschuss tagt am 30. Mai und stellt das endgültige amtliche Ergebnis für die Landeslisten fest, d. h. wie viele Sitze den Parteien nach den landesweit

Foto: IM NRW



Zur Person

Leitender Ministerialrat Wolfgang Schellen ist seit 2015 Landeswahlleiter. In Nordrhein-Westfalen ist er zuständig für Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen.

vergebenen Zweitstimmen zuzuteilen sind und welche Bewerberinnen und Bewerber aus den Landeslisten gewählt sind.

Und danach können Sie sich erstmal ausruhen?

Nein. Ganz zu Ende ist das Wahlverfahren noch nicht, weil nach der Bekanntgabe noch die Möglichkeit besteht, ein Wahlprüfungsverfahren zu initiieren. Zuständig für Beschwerden ist der Wahlprüfungsausschuss des Landtags, der in der Regel den Landeswahlleiter um Stellungnahme bittet. Am Ende entscheidet das Plenum. Danach besteht noch die Möglichkeit, den Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen anzurufen. Mit der Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses ist also das Wahlverfahren noch nicht beendet. tob

Korrektur

In der Ausgabe 1/2022 war im Text „Was zählt: Stimmen für die Demokratie“ (S. 8) zu lesen: „Wer entmündigt ist, ist von der Wahl ausgeschlossen.“ Das ist nicht korrekt. Alle Bürgerinnen und Bürger, die die Voraussetzungen erfüllen, sind wahlberechtigt, auch Menschen, die unter Betreuung stehen. Das Wahlrecht kann ausschließlich richterlich entzogen werden. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz zur Modernisierung und Stärkung der Eigenverantwortung von Schulen (16. Schulrechtsänderungsgesetz) | [17/15911](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 16. Februar 2022 | verabschiedet

Gesetz über die Errichtung der „Stiftung Opferschutz Nordrhein-Westfalen“ | [17/15877](#), [17/16498](#) | CDU, SPD, FDP und Grüne | 2. Lesung am 16. Februar 2022 | verabschiedet

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes | [17/14911](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 16. Februar 2022 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und des Fraktionsgesetzes zur Erhöhung der Transparenz und Sicherheit im Landtag | [17/16469](#) | CDU, SPD, FDP, Grüne | 1. und 2. Lesung am 16. Februar 2022 | verabschiedet

Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Landes Nordrhein-Westfalen und den Schutz von Verschlussachen (Sicherheitsüberprüfungsgesetz Nordrhein-Westfalen - SÜG NRW -) | [17/15476](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 16. Februar 2022 | verabschiedet

Gesetz zur Anpassung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen an das Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetz | [17/16517](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 16. Februar 2022 | Überweisung an den Innenausschuss

Nordrhein-westfälisches Denkmalschutzgesetz | [17/16518](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 16. Februar 2022 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

Gesetz zur Änderung von Vorschriften der kommunalen Investitionsförderung | [17/15912](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 16. Februar 2022 | verabschiedet

Gesetz über die Beauftragte oder den Beauftragten für den Opferschutz des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/16383](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 16. Februar 2022 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Viertes Gesetz zur Änderung des Meldegesetzes NRW | [17/16444](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 16. Februar 2022 | Überweisung an den Innenausschuss

Drittes Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes | [17/16445](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 16. Februar 2022 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Zoologisches Forschungsmuseum Alexander Koenig - Leibniz-Institut für Biodiversität der Tiere“ | [17/16529](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 16. Februar 2022 | Überweisung an den Wissenschaftsausschuss

Gesetz zur Umsetzung des Rechtssatzvorbehalts bei dienstlichen Beurteilungen in der Justiz | [17/16487](#) | CDU, FDP | 1. Lesung am 16. Februar 2022 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Sechstes Gesetz zur Änderung des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen | [17/16263](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 16. Februar 2022 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Verfassungsgerichtshofgesetzes und des Landesbeamtengesetzes im Zusammenhang mit einer weiteren Verselbstständigung des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/16294](#), [17/16504](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 17. Februar 2022 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Ruhrverbandsgesetzes | [17/16552](#) | CDU und FDP | 1. Lesung am 16. Februar 2022 | Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz

Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen | [17/16553](#) | CDU und FDP | 1. Lesung am 17. Februar 2022 / Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

Gesetz über die Zulassung von Online-Casinospielen im Land Nordrhein-Westfalen | [17/16293](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 17. Februar 2022 | verabschiedet

Landeskinderschutzgesetz NRW und Änderung des Kinderbildungsgesetzes | [17/16232](#) (Neudruck) | Landesregierung | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | in Beratung

Gesetz über die Gewährung einer einmaligen Corona-Sonderzahlung aus Anlass der COVID-19-Pandemie für das Land Nordrhein-Westfalen und zur Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes | [17/16322](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2022 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen | [17/16323](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Anpassung der Alimentation von Familien sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften | [17/16324](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Einführung digitaler Sitzungen für kommunale Gremien und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften | [17/16295](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Modernisierung des Landwirtschaftskammerrechts | [17/16256](#) | Landesregierung | Aus-

schuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts und zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten | [17/16317](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen | [17/15940](#) (Neudruck) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Viertes Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/15517](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Einführung des juristischen Vorbereitungsdienstes in Teilzeit | [17/15586](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes | [17/15660](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Mittelstandsförderungsgesetzes | [17/15477](#) | Landesregierung | Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung | in Beratung

Gesetz zur Novellierung der nordrhein-westfälischen Landesjustizvollzugsgesetze | [17/15234](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz über die Transparenz der Finanzierung kommunaler Wählergruppen (Wählergruppentransparenzgesetz – WählGTranspG) | [17/15264](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes sowie des Ausführungsgesetzes zum Neunten Buch Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/15188](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz über den interkollegialen Ärztetausch bei Kindeswohlgefährdung – Änderung des Heilberufsgesetzes (HeilBerG) | [17/14280](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Erhöhung der parlamentarischen Transparenz und zur Bekämpfung der parlamentarischen Korruption | [17/13070](#) | SPD | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Erleichterung des Zugangs zu amtlichen Informationen in Nordrhein-Westfalen | [17/8722](#) | Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Dunkle Ecken

Sachverständige beraten Forderungen nach mehr Sicherheit

3. Februar 2022 – Verwahrlost, verschmutzt, düster, unheimlich – solche Orte rücken SPD und Grüne mit jeweils eigenen Anträgen ins Zentrum der Aufmerksamkeit. In und an Bahnhöfen, aber auch im sonstigen Ortsgebiet gebe es Angsträume, an denen sich Menschen nicht wohlfühlten. Was ist zu tun? In einer Anhörung des Innenausschusses haben externe Fachleute aus der Wissenschaft, vonseiten der Polizei und aus dem Bahn-Umfeld Vorschläge der Fraktionen beleuchtet.

Während große Bahnhöfe oftmals Hotspots der Kriminalität seien, fielen kleinere Haltepunkte häufig durch Schmutz, Müll und dunkle Zugänge auf, problematisiert die SPD-Fraktion in ihrem Antrag „Angsträume beseitigen, Sicherheit erhöhen – die Verkehrswende braucht attraktive Bahnhöfe und Haltepunkte!“ (17/15462). Deshalb sollten u. a. an großen Bahnhöfen Waffenverbote herrschen und Sicherheitsakteure besser kooperieren. Mittlere und kleine Bahnhöfe sollten wieder eine Bahnhofsaufsicht – möglicherweise aus dem sozialen Arbeitsmarkt – erhalten, die für einen guten Zustand sorgen und Ansprechperson vor Ort sein könnte.

Die Grünen verweisen in ihrem Antrag „Initiative zur Stärkung der Sicherheit in öffentlichen Räumen im Rahmen der kommunalen Kriminalprävention“ (17/15631) auf Niedersachsen. Das dortige Landeskriminalamt (LKA) habe ein Kompetenzzentrum für Urbane Sicherheit gegründet, das u. a. die Kommunen in der Städtebauplanung beratend unterstütze. Öffentliche Plätze seien für alle da, somit müssten sich dort Menschen aller Geschlechter, aller Nationalitäten, jeden Alters und mit wie ohne Behinderung sicher fühlen können.

Dr. Anke Schröder vom LKA Niedersachsen erläuterte in ihrer Stellungnahme für den Ausschuss, ein interdisziplinäres Team berücksichtige technisch-bauliche wie auch sozialräumliche Aspekte bei der Neubauplanung und bei bestehenden Gebäuden. Die Deutsche Polizeigewerkschaft NRW bezeichnete es in ihrer Stellungnahme als zielführend, auch in NRW ein solches Kompetenzzentrum einzurichten.

Ein und derselbe Ansatz für alle Bahnhöfe mache wegen unterschiedlicher Ausgangslagen

wenig Sinn, erklärte Prof. Dr. Bernhard Frevel von der Hochschule für Polizei und Verwaltung. Generell sei es für die Kriminalprävention aber wichtig, interdisziplinär und Ebenen übergreifend zusammenzuarbeiten, von der kommunalen Sozialarbeit über die zivilgesellschaftliche Wohlfahrtspflege und die Privatwirtschaft bis hin zur Polizeistreife.

Waffenverbotszonen

Zu den Einzelmaßnahmen gab es unterschiedliche Stimmen. Während die geladenen Polizeigewerkschaften Waffenverbotszonen begrüßten, erklärte Dr. Tim Lukas von der Bergischen Universität Wuppertal, sie könnten keine sozialen Ursachen beheben und seien daher nur als Ultima Ratio einzusetzen. Sichtbare Videokameras erhöhten das subjektive Sicherheitsgefühl kaum, eher suggerierten sie die offensichtliche Gefahr des Ortes, so Lukas weiter. Ob Videoüberwachung potenzielle Täterinnen und Täter abschrecke, sei aus wissenschaftlicher Sicht unklar. „Wenn die Bilder von Videokameras nicht permanent beobachtet werden“, fügte Michael Mertens von der Gewerkschaft der Polizei NRW hinzu, „und man vor allen Dingen nicht auch Personal hat, das sofort zur Gefahrenabwehr aktiv werden kann, verpufft der Effekt des Videokameraeinsatzes aus polizeilicher Sicht im Grunde genommen.“

Dunkle Ecken könnten zwar ausgeleuchtet und Wege einsehbar gestaltet werden, erklärte der Soziologe Lukas. Die Beleuchtung erhöhe auch das persönliche Sicherheitsempfinden. Jedoch bedeute dies schlicht eine Verlagerung des Brennpunkts auf andere Orte. ►

Deshalb sei eine solche Maßnahme nur ein Puzzleteil in einem Gesamtkonzept, das die jeweils örtlich unterschiedlichen Problemlagen berücksichtigen müsse.

Die vorgeschlagenen Bahnhofsaufsichten müssten qualifiziert und reflektiert sein, um als soziale Kontrollinstanz zu funktionieren, gab der Soziologe zu bedenken. Regelmäßige Streifen trügen auch an kleinen Haltepunkten am Abend dem Sicherheitsbedürfnis von Frauen und älteren Menschen Rechnung. Personalpräsenz hielten alle Sachverständigen für wichtig.

Auch die Deutsche Bahn erklärte, von ihr befragte Reisende hielten dies für das Wichtigste, um sich sicherer zu fühlen, gefolgt von besserer Beleuchtung und Videoanlagen. Positive Erfahrungen mit einer Bahnhofsaufsicht als „Servicehelfer“ und Ansprechperson habe man in einem Pilotprojekt in Wanne-Eickel gemacht, wo Langzeitarbeitslose diese Position übernehmen.

Angsträume

„Der Fahrgast muss sich in seiner gesamten Wegekette wohlfühlen“, betonte Lothar Ebbers vom Fahrgastverband Pro Bahn. Als eine der Ursachen für entstehende „Angsträume“ benannte er in rechten Winkeln gebaute und damit nicht einsehbare Unterführungen zu Bahnsteigen.

Zu Wort kam auch das Kompetenzzentrum Sicherheit des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr. In der entsprechenden Stellungnahme wurden Waffenverbote und Videoüberwachung begrüßt – jedenfalls bei genügend Personal.

Kontrollgänge, Videobeobachtung und Prävention allgemein seien personalintensiv, das klang in Stellungnahmen wiederholt an. Zum Thema Personalmangel als ein durchgängiges Problem stellte Manuel Ostermann von der Gewerkschaft der Polizei in Aussicht: „Durch gemeinsame Streifen von Bundespolizei, Polizei NRW und Ordnungsbehörden entstehen auch möglicherweise beim Personalverteilungsschlüssel neue Kapazitäten.“ Eine bessere Zusammenarbeit der für die Sicherheit relevanten Akteure hielten alle Sachverständigen für sinnvoll. Diese Idee sei allerdings nicht neu, merkte Prof. Dr. Daniel Zerbin, Kriminalitätswissenschaftler von der Northern Business School an. Die Idee möglicher Waffenverbotszonen bewertete er als ambivalent: Auch potenzielle Opfer könnten sich dann schlechter verteidigen.

SOW

Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Ein Kompetenzzentrum für urbane Sicherheit ...



Dr. Christos Katzidis
(CDU)



... bedeutet zusätzliche Bürokratie ohne nachgewiesenen Mehrwert. Anwendungsorientierte Forschung zur Sicherheit im öffentlichen Raum kann und sollte von allen Bundesländern im Rahmen eines gemeinsamen Projektes an der Deutschen Hochschule der Polizei gemacht werden. Darüber hinaus könnte eine „regionale“ Forschung für NRW an der Hochschule für Polizei des Landes NRW sinnvoll sein.



Hartmut Ganzke
(SPD)



... sollte man ernsthaft prüfen.



Marc Lürbke
(FDP)



... kann Ansätze liefern, um die Sicherheit zu erhöhen. Gefragt sind vor allem kurzfristige Lösungen: Sicherheits- und Ordnungspartnerschaften sollten überall im Land ausgebaut werden. Alle Akteure von Kommunen, Land, Bund und der Deutschen Bahn müssen gleichermaßen konsequent ihre Hausaufgaben machen, um Angsträumen rund um Bus und Bahn konsequent den Riegel vorzuschieben.



Verena Schäffer
(Grüne)



... kann die kommunale Kriminalprävention stärken, landesweit das Wissen über Kriminalität und Kriminalprävention bündeln sowie Vernetzungs- und Koordinierungsarbeit übernehmen. Daneben bietet es sich an, dass dort wissenschaftliche Evaluationen und Untersuchungen durchgeführt werden, wie z. B. einen periodischen Sicherheitsbericht zu erstellen.



Markus Wagner
(AfD)



... ist zu begrüßen. Handlungsbedarf besteht hier insbesondere bei der Erstellung von konkreten Lagebildern für die Täter-Opfer-Relationen. Leider sind beispielsweise die Quoten von nichtdeutschen Tatverdächtigen bei Gewalt-, Drogen- und Eigentumsdelikten überproportional hoch. Aufenthaltsbeeidende Maßnahmen müssen hier, wo immer rechtlich möglich, durchgesetzt werden.



„Vorschläge für mehr Sicherheit“

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Videoüberwachung ...

... ist ein wichtiges Instrument zur Verbesserung des Sicherheitsempfindens der Bürgerinnen und Bürger. Gerade an neuralgischen öffentlichen Plätzen und Flächen, an zentralen Omnibusbahnhöfen und Bahnhöfen sollte eine Videobeobachtung Standard sein. Dabei sollte insbesondere auch künstliche Intelligenz genutzt werden. Hier gibt es noch Handlungsbedarf. Wir werden uns weiterhin dafür starkmachen.

... kann einen Beitrag leisten, die Sicherheit im Umfeld von Bahnhöfen zu verbessern. Straftäter könnten noch vor Ort gestellt bzw. im Nachhinein durch die Videoauswertung einer Verfolgung zugeführt werden. Wichtig für eine Abschreckungswirkung ist, dass Kameras gut sichtbar angebracht werden. Zudem müssen die Kamerabilder permanent beobachtet werden, damit Sicherheitskräfte sofort eingreifen können.

... ersetzt keine Einsatzkräfte vor Ort – im Gegenteil: Ohne ausreichend Personal, das in Gefahrensituationen auch sofort einschreiten und helfen kann, bergen Kameras zum Teil sogar gefährliche Scheinsicherheit. Ein echtes Sicherheitsplus stellt sich nur dann ein, wenn die Kameralinsen wie echte Augenpaare auch eine echte, reale Reaktion in Person von Sicherheitskräften zur Folge haben.

... als polizeiliche Videobeobachtung zur Gefahrenabwehr ist wirksam, wenn die Polizei sofort eingreifen kann. Kameras allein haben aber kaum abschreckende Wirkung auf Täterinnen und Täter und erhöhen auch nicht das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Wenn Videobeobachtung Kriminalität nur an andere Orte verdrängt, ist sie problematisch, denn sie greift immer in die Grundrechte unbeteiligter Bürgerinnen und Bürger ein.

... trägt an relevanten Orten dazu bei, das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen zu erhöhen, und hat auch eine abschreckende Wirkung auf potentielle Straftäter. Darüber hinaus erleichtert sie die Strafverfolgung und Überführung von Tätern. Videoüberwachung allein verhindert keine Straftaten oder Attentate, aber sie ist wichtiger Bestandteil eines Maßnahmenbündels, das zu mehr Sicherheit führt.

Waffenverbotszonen ...

... können genauso wie Alkoholverbotzonen eine adäquate Ergänzung zu weiteren Maßnahmen sein, um in bestimmten stark frequentierten Bereichen, wie zum Beispiel Bahnhöfen, Einkaufszentren, Fußgängerzonen, Jahrmärkten etc., das Sicherheitsempfinden zu verbessern. Für die Durchsetzung muss in der Folge allerdings auch das notwendige Personal eingesetzt werden, damit es etwas bringt.

... haben nicht nur eine wichtige Symbolwirkung, sondern geben der Polizei vor Ort auch bessere Möglichkeiten, um niedrigschwelliger als bisher zu kontrollieren, präventiv einzuschreiten und Verstöße zu sanktionieren. Somit kann gegen potentielle Gewalttäter mit Waffen besser vorgegangen werden. Grundsätzlich muss kein Mensch am Bahnhof mit Waffen herumlaufen, diese haben dort nichts verloren!

... lösen alleine noch kein Problem. Für wirksame Kontrollen braucht es vor allem ausreichend Personal bei Polizei und Ordnungskräften, eine schnelle Justiz und drittens auch wieder mehr gesellschaftlichen Rückhalt für die gefährliche Arbeit der Polizei. Diese Punkte müssen zusammenkommen, dann kann eine Waffenverbotszone in bestimmten Bereichen auch ein effektives Mittel zur Eindämmung von Gewalt sein.

... sind kein Allheilmittel. Sie können Straftaten mit Waffen verringern, das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger vor Ort aber nicht erhöhen. Das zeigt eine Studie aus Leipzig. Waffenverbotszonen sollten nur eingebunden in ein Gesamtkonzept erfolgen, dazu gehören die Kooperation mit anderen Akteuren im Stadtteil und die Stärkung der Polizeiarbeit vor Ort.

... bieten der Polizei eine höhere Einschreitungskompetenz und sind – vor allem symbolpolitisch – ein Instrument, um Gewaltkriminalität zu reduzieren. Allerdings trifft diese Maßnahme potentielle Täter und gesetzestreuere Bürger gleichermaßen. Der unbescholtene Passant, der ein Taschenmesser „am Mann hat“, wird mit einem Gewalttäter gleichgesetzt, obwohl von ihm keine Gefahr ausgeht.

Eine Bahnhofsaufsicht ...

... kann das Sicherheitsempfinden an Bahnhöfen nicht so steigern wie eine durchgehende Polizeipräsenz. Zielführender wäre eine Intensivierung der Ordnungspartnerschaften zwischen Bundes- und Landespolizei sowie Ordnungsämtern und Bahnpersonal. Gemeinsame Dienststellen bzw. gemeinsame Streifen sollten Standard an jedem Bahnhof sein, dann wäre eine Wiederbelebung der Bahnaufsicht entbehrlich.

... benötigen wir, um den Zustand der Verwahrlosung zu bekämpfen, der insbesondere an zu vielen kleinen und mittleren Bahnhöfen besteht. Eine erfolgreiche Verkehrswende gibt es nur mit Bahnhöfen, an denen sich die Menschen wohl und sicher fühlen.

... kann ein Baustein in der Sicherheitsarchitektur sein, keinesfalls ist sie das Fundament. Zur Steigerung der Sicherheit hilft neben durchdachten baulichen Maßnahmen am Ende tatsächlich nur mehr Präsenz von sichtbarem, ansprechbarem und vor allem qualifiziertem Sicherheitspersonal in der Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen.

... eignet sich als erfolgreiche Präventionsmaßnahme, wenn sie entsprechend qualifiziert ist und vor Ort vorausschauend und professionell auftritt. Abhängig von der Lage kleinerer Bahnhöfe können dort anstelle einer Bahnhofsaufsicht andere Nutzungskonzepte wie Gastronomie, Vereine, soziale Angebote usw. ebenso für ein besseres Sicherheitsempfinden und mehr Sicherheit allgemein sorgen.

... sollte unbedingt an allen Bahnhöfen NRW eingerichtet werden. Denn sie trägt maßgeblich dazu bei, dass der Sicherheitsfaktor spürbar steigt – mehr Personal führt zu mehr Sicherheit. Genau deswegen setzen wir uns daher auch für einen insgesamt stärkeren Personalaufwuchs bei der Polizei ein. Dieses Mehr an Polizei muss dann zwischen Bund und Land allerdings noch deutlich besser verzahnt werden.

Sag es mit Heine, Brecht und Co.

Oft zitieren Abgeordnete im Plenum aus Anträgen, Gesetzen, Studien, Richtlinien. Um ihre Meinung zu begründen, berufen sie sich bisweilen auch auf Zitate von Dichtern und Denkerinnen, von Staatsmännern und Künstlerinnen. Eine Auswahl von Zitaten, die Abgeordnete in der aktuellen Wahlperiode geäußert haben.

**„Ja, mach nur einen Plan, sei nur ein großes Licht!
Und mach dann noch 'nen zweiten Plan,
geh'n tun sie beide nicht.“**

(Aus dem „Lied von der Unzulänglichkeit menschlichen Strebens“ von Bertolt Brecht)

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP), 27. Januar 2021

Mündliche Anfrage zum Thema „Wann genau wird die Landesregierung dem Landtag einen Entwurf zur Novellierung des Klimaschutzgesetzes zuleiten?“

**„Nichts auf der Welt ist so
mächtig wie eine Idee,
deren Zeit gekommen ist.“**

(Victor Hugo)

Arndt Klocke (Grüne), 12. Februar 2020

Thema: „Die Zeit ist reif – Tempolimit auf Autobahnen jetzt!“

**„Ich rate, lieber mehr zu
können, als man macht, als
mehr zu machen, als man kann.“**

(Bertolt Brecht)

René Schneider (SPD), 27. Januar 2021

Thema: „Vorhandene Potenziale nutzen: Innovationsschub für Nordrhein-Westfalen durch intelligentes Cluster-Management“

**„Wer vor seiner
Vergangenheit flieht,
verliert immer das Rennen.“**

(T. S. Eliot)

Olaf Lehne (CDU), 3. März 2021

Thema: „Rückkehr zu nachhaltiger und stabiler Anlagestrategie beim Pensionsfonds des Landes!“

**„Nicht den Tod sollte man
fürchten, sondern dass man
nie beginnen wird zu leben.“**

(Marc Aurel)

Dr. Martin Vincentz (AfD), 30. Juni 2021

Thema: „Verantwortung, Vorsicht und Vorbereitung – mit diesem Dreiklang steuern wir das Land durch die Pandemie hin zur verantwortungsvollen Normalität“

**„Ein Kluger bemerkt alles,
ein Dummer macht zu allem
eine Bemerkung.“**

(Heinrich Heine)

Bodo Löttgen (CDU), 3. November 2021

Thema: Zwischenrufe anlässlich der Regierungserklärung von Ministerpräsident Hendrik Wüst

**„Momente gibt's, da fehlt
die Maske, und Momente,
da fällt die Maske.“**

(Harald Rauchfuss, Neurologe, Psychiater, Psychotherapeut)

Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), 17. Juni 2021

Thema: Maskenpflicht für Schülerinnen und Schüler

„Debattenfähigkeit ist kein Erbgut, sondern eine Kulturkompetenz.“

(Jörg Sommer, Direktor des Berlin-Institut für Partizipation)

Henning Höne (FDP), 7. Oktober 2021

Thema: „Änderung der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen zur Ersetzung der Fragestunde durch eine Regierungsbefragung“

Plenarprotokolle

Mehr zum Kontext der Zitate erfahren Sie in den Plenarprotokollen, die auf der Internetseite des Landtag veröffentlicht sind unter www.landtag.nrw.de (Dokumente/Dokumentensuche/Reden & Protokolle, Filter: Plenum).

**„Everything is going to be fine in the end.
If it's not fine, it's not the end.“**

(Oscar Wilde)

Raphael Tigges (CDU), 26. März 2021

*Thema: Abschlussbericht der Enquetekommission zum Thema
„Brexit und die Auswirkungen für Nordrhein-Westfalen“*

**„Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist
als Bildung: keine Bildung.“**

(John F. Kennedy)

Regina Kopp-Herr (SPD), 20. Mai 2021

*Thema: „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen:
Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen
braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!“*

**„Keine Macht der Welt kann
Menschenwürde und Freiheit
auf Dauer stoppen.“**

(Hans-Dietrich Genscher)

Angela Freimuth (FDP), 1. Juli 2021

*Thema: „60 Jahre Mauerbau: NRW soll
der Opfer von Mauer, Stacheldraht und
Schießbefehl gedenken!“*

**„Man kann den Menschen nicht auf
Dauer helfen, wenn man für sie tut,
was sie selbst tun können und sollten.“**

(Abraham Lincoln)

Herbert Strotebeck (AfD), 8. September 2021

Thema: Gesetzentwurf für den Landeshaushalt 2022

**„Die Freiheit des Menschen liegt nicht darin, dass er tun kann,
was er will, sondern darin, dass er nicht tun muss, was er nicht will.“**

(Jean-Jacques Rousseau)

Thomas Kutschaty (SPD), 17. November 2021

Thema: Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie

Am Rande

„Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten“ – so leiten Abgeordnete meist ein Zitat ein, das sie im Plenum vortragen möchten. Reine Höflichkeit? Jein. Noch in der Geschäftsordnung des Landtags aus dem Jahr 1965 gab es einen klaren Hinweis auf die Genehmigungspflicht: „Im Wortlaut vorbereitete Reden oder Schriftstücke“, hieß es, „dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Präsidenten verlesen werden.“

In der Geschäftsordnung der aktuellen Wahlperiode ist dieser Passus nicht mehr aufgeführt. In Paragraph 32 steht lediglich: „Die Rednerinnen bzw. Redner sollen in freier Rede sprechen.“ Nicht gewollt ist demnach das Verlesen längerer oder ausführlicher Zitate. Dennoch ist es auch bei nur kurzen Abschnitten üblich, vor dem Zitieren um Genehmigung des Präsidenten oder der Präsidentin zu fragen, wobei die Zustimmung stillschweigend vorausgesetzt wird. Manchmal drehen sich Abgeordnete auch kurz um, suchen den Blickkontakt und fahren nach einem bestätigenden Nicken fort. Aber warum überhaupt um Erlaubnis bitten, wo Rede und Mandat von Abgeordneten doch frei sind und auch Zitate frei vorgetragen werden?

Der Ursprung dieses parlamentarischen Brauches sei nicht sicher in Erfahrung zu bringen, heißt es in einem Kommentar zur Geschäftsordnung des Bundestags. Ein Verweis finde sich aber schon in der Geschäftsordnung der Deutschen Nationalversammlung aus dem Jahr 1848: Aktenstücke durften seinerzeit nur verlesen werden, wenn die Versammlung dem ausdrücklich zustimmte, schließlich sollten Abgeordnete ja frei sprechen. Bei einer Sitzung im November 1848 ließ der damalige Präsident in der Nationalversammlung gleich zweimal darüber abstimmen, ob ein Aktenstück vorgetragen werden durfte. Anschließend sei auch für das Verlesen „weniger Zeilen“ die Erlaubnis des Präsidenten erbeten worden. Eine Gepflogenheit, die sich bis heute gehalten hat und als alter Parlamentsbrauch zum parlamentarischen Stil gehört.

Klar ist aber auch: Widersprechen Zitat oder Redewendung der Würde des Parlaments, können der sitzungsleitende Präsident oder die Präsidentin den Redner oder die Rednerin zur Ordnung rufen oder gar das Wort entziehen.

tob

Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

Mehr Qualität und Wertschätzung im Beruf für unsere Hebammen

Die Geburt eines Kindes soll der aufregende und schöne Start in ein gemeinsames Familienleben sein. Hebammen leisten einen unverzichtbaren Beitrag, damit dieser Start möglichst entspannt und glatt verläuft. Im vergangenen Jahr kamen in NRW mehr als 174.000 Kinder zur Welt – in deren Sinne hat es sich die NRW-Koalition zur Aufgabe gemacht, für gut ausgebildete Hebammen zu sorgen, die ihren Beruf unter guten Bedingungen ausüben können. In der Plenarwoche im Januar wurde das Gesetz zur Akademisierung des Hebammenberufes im Landtag mit breiter Mehrheit verabschiedet. Das ist ein weiterer Schritt für mehr Qualität und Wertschätzung im Beruf für unsere Hebammen in Nordrhein-Westfalen.



Katharina Gebauer (CDU)

„Erfahrungen aus anderen Bundesländern und die hohe Zahl an Bewerbungen für unsere Studienplätze zeigen, dass wir mit dem Gesetz den wichtigen Beruf der Hebamme attraktiver machen. Mit der Vergütung des dualen Studiums setzen wir weitere Anreize. Im parlamentarischen Beratungsverfahren haben wir großen Zuspruch aus den Reihen der Hebammen erhalten“, erklärt Katharina Gebauer, die sich im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales für die CDU-Fraktion schon lange für Verbesserungen im Hebammen-Beruf einsetzt.

Wir haben zudem die Zahl der Hebammenkreißsäle, in denen Hebammen Entbin-

dungen eigenverantwortlich ohne Arzt begleiten, verdreifacht. Allein im Laufe dieses Jahres werden 20 weitere Hebammenkreißsäle hinzukommen, die laut Forschungsprojekt des Gesundheitsministeriums sehr zur Arbeitszufriedenheit der Geburtsbegleiterinnen beitragen. Durch die nun geplante Meldepflicht schaffen wir zudem endlich Klarheit, wie viele Hebammen es in Nordrhein-Westfalen gibt, wo und wie sie arbeiten. Das wird uns eine Grundlage geben, um in Zukunft weitere Verbesserungen der Rahmenbedingungen auf den Weg zu bringen.



Ausbildungskonferenz „Wirtschaft und Schule Hand in Hand gegen den Fachkräftemangel“



Wenn in NRW das Abitur der einzige verlässliche Garant für einen Ausbildungsplatz geworden ist, dann läuft etwas ordentlich schief in unserem Bildungssystem. Laut einer aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung beginnen in unserem Bundesland nur noch 60 Prozent der Absolventinnen und Absolventen von Real- und Hauptschulen und ein Drittel der jungen Menschen ohne Schulabschluss eine qualifizierende Ausbildung. Bundesweit sind es 90 Prozent. Für die Zukunftschancen der jungen Generation und damit auch für den Ausbildungsmarkt in NRW ist diese Studie ein Alarmsignal.

Daher haben wir auf unserer digitalen Ausbildungskonferenz am 8. Februar diskutiert, wie wir diesen Zustand verbessern und dem drohenden Fachkräftemangel begeg-

nen können. Anja Weber (Vorsitzende des DGB NRW), Antonia Kühn (Regionalleiterin IG BAU Rheinland), Andreas Ehlert (Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf), die Auszubildende Lena Hölscher, der Werkstattlehrer Frank Hoppen und weitere Expertinnen und Experten zeigten mögliche Lösungen auf: Wichtige Pfeiler für die Attraktivität einer Berufsausbildung sind eine gute Balance zwischen Privat- und Arbeitsleben, eine hervorragende Ausstattung der Berufskollegs und Wertschätzung der Auszubildenden. Aufstieg gelingt auch durch eine berufliche Ausbildung – dafür gibt es zahlreiche Beispiele in NRW.



Der Unterricht von morgen – digitaler Schulkongress der FDP-Landtagsfraktion

Die Digitalisierung verändert das Lernen und Lehren in den Schulen. Tablet oder Laptop sind inzwischen fester Bestandteil von Unterricht in den Schulen in NRW. Welche Chancen und Risiken sich daraus ergeben, darüber hat die FDP-Landtagsfraktion bei einem digitalen Schulkongress mit Experten aus Schulpraxis, Wissenschaft und Wirtschaft gesprochen.

Schulministerin Yvonne Gebauer erinnert in ihrem Grußwort daran, welchen „digitalen Nachholbedarf“ es 2017 bei Übernahme der Gestaltungsverantwortung gab. NRW sei in Regierungsverantwortung von FDP und CDU einen großen Schritt vorangekommen. Gebauer dankte allen Lehrkräften, die diesen Weg mit Elan, Kreativität und Ausdauer mitgehen.

Die Lehrkräfte Nicole Burda, Willy Bartz und Michael Germann berichteten, welche al-

ternativen Prüfungsformate sie in der Pandemie angewendet haben, um die kreativen Potenziale der Schülerinnen und Schüler besonders zu würdigen. Ob Podcasts, Erklärvideos oder Karikaturen: Die Talente sind so vielfältig wie die Schülerinnen und Schüler selbst. „Alternative Prüfungsformate bieten ein großes Potenzial für die individuelle Talentwürdigung und -förderung unserer Schülerinnen und Schüler. Dies ist nur eine von vielen neuen Erkenntnissen aus der Pandemie, die wir für den Unterricht der Zukunft nutzen wollen“, betonte die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Franziska Müller-Rech.

Das Experten-Panel mit Prof. Dr. Birgit Eickelmann vom Lehrstuhl Schulpädagogik von der Universität Paderborn, Elisabeth Allmendinger vom Digitalverband Bitkom sowie



Stephan Kemper von bettermarks verdeutlichte, wie wichtig Freiraum für die Schulen und ihre Träger ist, um mit digitalen Angeboten auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler eingehen zu können. „Bildungsstartups haben spannende Ideen, wie wir den Unterricht moderner und spannender gestalten. Darin wollen wir unsere Lehrkräfte noch besser unterstützen und ihre Aus- und Fortbildung in Fragen der Digitalisierung neu aufstellen“, erklärte Müller-Rech.

Freie Demokraten

Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen **FDP**

Grüne Fraktion im Fachgespräch Sozialpolitik



Gleiche Bildungschancen, gutes Essen für alle oder Schutz vor Armut und Gewalt – mit diesen und vielen weiteren Themen hat sich die Grüne Landtagsfraktion im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Grüne Sozialpolitik in NRW“ beschäftigt. In zehn Fachgesprächen sind wir mit Expertinnen und Experten aus Verbänden, Gewerkschaften, Unternehmen und Wis-

senschaft der Frage nachgegangen, wie wir in Nordrhein-Westfalen gleiche Chancen für alle sichern können.

Ob Stadtentwicklung, Digitalisierung oder Innenpolitik – Sozialpolitik strahlt in alle gesellschaftlichen Bereiche aus. Der Austausch hat gezeigt, wie viel Ungerechtigkeit und Handlungsbedarf gerade auch in solchen Themenfeldern steckt, die nicht auf den ersten Blick sozialpolitisch erscheinen. Unser Ziel ist es, die soziale Frage in allen Themenbereichen mitzudenken, um mit unserer Arbeit im Landtag ein gerechtes und gleichberechtigtes Leben für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen.

Der Weg dorthin beginnt für uns Grüne bereits im Kindesalter und zieht sich von hier aus durch alle weiteren Lebensabschnitte. Von der

Kita bis zum Berufseinstieg setzen wir uns für ein gerechtes Bildungssystem ein. Wir wollen, dass Arbeit fair entlohnt wird. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit müssen Hand in Hand gehen. Die Pandemie wirkt zudem wie ein Brennglas für soziale Ungleichheit und fordert Politik, einmal mehr tätig zu werden. Als Grüne Fraktion nehmen wir diese Herausforderung an, NRW klimaneutral umzubauen und das auch sozial gerecht zu machen.



Gewalttätige Klimaproteste sind Form von Extremismus

Sie blockieren Autobahnen, kleben sich an Straßen fest, werfen als illegale Waldbesetzer Kot und Steine auf Polizisten und philosophieren offen über Anschläge auf Industrieanlagen oder Autohäuser: Sogenannte „Klimaschützer“ fühlen sich zunehmend legitimiert, Gesetze zu brechen, um ihren Forderungen radikalen Nachdruck zu verleihen. Über Sinn und Unsinn einzelner Postulate wird dabei schon längst nicht mehr diskutiert, im Vordergrund stehen Ideologien. Im Gegensatz dazu ist der AfD als realitätsbezogener Umweltpartei sehr bewusst, dass Klima generell einem stetigen Wandel unterliegt, der nicht dadurch zum Stillstand kommt, dass wir Menschen auf sämtliche Errungenschaften der Moderne verzichten. Während wir uns also für eine möglichst pragmatische Umweltpolitik einsetzen, wird insbe-

sondere aus linksgrünen Kreisen eine regelrechte Klimahysterie erzeugt – die sich immer öfter auch radikale Gruppierungen zunutze machen. Hat die Landesregierung das im Blick? Auf eine entsprechende Anfrage der AfD-Fraktion wollte das Innenministerium in seiner Antwort keinen Zusammenhang zwischen Sabotageaufrufen und bereits erfolgten Angriffen auf Einrichtungen des Energieversorgers RWE sehen. Immerhin stellte es zumindest fest, dass „Extremisten versuchen, zivildemokratische Gruppen oder bereits linksextremistisch beeinflusste Bündnisse zu radikalieren“. Doch Aufrufe zu Straftaten werden als „linksextremistische Interpretation des sogenannten zivilen Ungehorsams“ verharmlost. Solches Herunterspielen erlaubt sich die Landesregierung im Zusammenhang mit rechtsextremistischen

Aktionen nie – sie muss also auf dem linken Auge mindestens stark kurzsichtig sein. Damit ignoriert sie den Umstand, dass gewalttätige Klimaproteste eine besorgniserregende Form von Extremismus darstellen. Angestachelt von Teilen der Politik und Medien, welche die Klima-Dystopie befeuern, haben die oft noch sehr jungen Täter kaum Unrechtsbewusstsein, fühlen sich eher noch als Helden. Ihre zunehmende Radikalisierung geht jedoch Hand in Hand mit der steigenden Zahl gewaltbereiter Linksextremisten.





Foto: Schälte

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Terrorverdacht

3.2.2022 – Die Landesregierung hat den Innenausschuss über die Festnahme eines 17-jährigen Kerpeners informiert. Ihm werde die „Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat“ vorgeworfen, teilte Innenminister **Herbert Reul** (CDU) auf eine Dringliche Frage aus der SPD-Fraktion mit. Die Bundespolizei habe den Jugendlichen Ende Januar nach Hinweisen des Polizeipräsidiums Köln am Hauptbahnhof Hannover festgenommen. Er habe Textnachrichten verschickt, die auf einen geplanten islamistischen Anschlag in Köln hingedeutet hätten, und „selbstbelastende Angaben“ gemacht. Waffen oder Sprengstoff seien jedoch nicht gefunden worden. Nach Angaben Reuls ist der 17-Jährige bereits mehrfach polizeilich in Erscheinung getreten. Anfang 2020 habe er sich islamistisch radikalisiert. „Die Polizei hatte ihn auf dem Schirm“, sagte der Innenminister. **Sven Wolf** (SPD) fragte nach Kontakten des Jugendlichen zu einer Moschee in Hildesheim, die im Zusammenhang mit dem Attentäter vom Berliner Breitscheidplatz, Anis A., bekannt geworden sei. Innenminister Reul äußerte sich dazu mit Hinweis auf die laufenden Ermittlungen nicht. **Gregor Golland** (CDU) wollte wissen, ob „ausländische Netzwerke“ beteiligt gewesen seien. In der Tat würden bestimmte junge Leute „aus der Ferne“ gezielt angeworben, sagte Reul. Auch in diesem Fall gebe es Hinweise, dass der 17-Jährige systematisch in die Szene hineingezogen worden sei.

Schnelltests an Schulen

9.2.2022 – Der Ausschuss für Schule und Bildung hat über die Zuverlässigkeit der an Schulen verwendeten Corona-Schnelltests diskutiert. In einer Dringlichen Frage äußerte **Jochen**

Ott (SPD) die Befürchtung, die genutzten Fabrikate seien weniger wirksam als die Vorgänger-Tests einer anderen Firma. Schulministerin **Yvonne Gebauer** (FDP) versicherte, sie böten hundertprozentige Sensitivität bei sehr hoher Viruslast, und verwies auf eine entsprechende Zulassung durch das Paul-Ehrlich-Institut. Das bedeute: Wer ansteckend sei, werde mit diesem Test erkannt. Wer zwar infiziert, aber wegen geringer Viruslast (noch) nicht ansteckend sei, falle im Schnelltest nicht auf. Für die letzteren Fälle seien die PCR-Pooltests da: Sie reagierten auch auf Proben von infizierten, aber noch nicht ansteckenden Kindern und Jugendlichen. Ob diese auch ansteckend seien, müsse mit dem nachfolgenden Antigen-Schnelltest täglich geprüft werden, bis der betroffene Pool wieder negativ getestet sei. **Sigrid Beer** (Grüne) zeigte sich besorgt darüber, dass infizierte Kinder weiterhin zur Schule gingen, obwohl die Schnelltests erst nach vier bis sechs Tagen anschlügen.

Covid-19-Pandemie

9.2.2022 – Das Parlamentarische Begleitgremium Covid-19-Pandemie hat im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales seinen Bericht (Vorlage 17/6402) über die Arbeit im Jahr 2021 vorgestellt. Die themenübergreifende Betrachtung der Pandemie stelle einen „wichtigen Mehrwert für das parlamentarische Handeln und die Bearbeitung der sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Folgen dar“, heißt es im Bericht. Aus der bisherigen Arbeit des Gremiums könnten generalisierte Schlussfolgerungen für vergleichbare Krisen oder pandemische Situationen gezogen werden. Da die Corona-Pandemie den Landtag vermutlich über die 17. Wahlperiode hinaus begleiten werde, sei eine Wiedereinsetzung des Gremiums nach der Landtagswahl am

15. Mai 2022 zu empfehlen. Der Bericht wurde zudem am 17.2.2022 im Plenum debattiert. Das Begleitgremium Covid-19-Pandemie ist ein Unterausschuss des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales und wurde im März 2021 durch den Landtag eingesetzt.

Einzelunterricht am Bildschirm

9.2.2022 – Schülerinnen und Schüler, die körperlich oder seelisch so stark beeinträchtigt sind, dass sie keinem regulär strukturierten Unterricht folgen können, waren Thema im Ausschuss für Schule und Bildung. Eine Hausbesuchung für solche Kinder, etwa mit vertauschtem Tag- und Nacht-Rhythmus, könnten die Schulen nicht leisten, sagte **Sigrid Beer** (Grüne). Die private Bochumer „Web-Individualschule“ gilt als deutschlandweit einzige Schule, die solche Kinder aus ganz Deutschland per Online-Einzelunterricht zum Haupt-, Real- oder Förderschulabschluss führt. Anerkannte Abschlüsse erlangen sie dadurch, dass die Bezirksregierung Arnsberg die sogenannte Externenprüfung abnimmt (Vorlage 17/6146). Dies soll in diesem Schuljahr erneut, jedoch nicht auf Dauer möglich sein, kündigte Schulministerin **Yvonne Gebauer** (FDP) an. Vielmehr sei ein staatliches Angebot in Planung. Denn eine Bezirksregierung könne nicht allein „Externenprüfungen“ für Kinder aus ganz Deutschland stemmen. Zu überlegen wäre, warf **Jochen Ott** (SPD) ein, ob man den anderen Bundesländern den in NRW entstandenen Aufwand in Rechnung stellen könne. Einig waren sich die Ausschussmitglieder darin, dass es grundsätzlich ein staatliches Angebot für betroffene Kinder und Jugendliche geben solle. Es dürfe keine Schule für Besserverdienende sein, sagte **Franziska Müller-Rech** (FDP).

Porträt: Guido Déus (CDU)



Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Guido Déus (CDU). Der 53-jährige Diplom-Finanzwirt aus Bonn ist Sprecher seiner Fraktion im Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen.

Geradezu zwangsläufig führte ihn sein Ansatz in den Rat der Stadt Bonn und in die Bezirksvertretung von Bonn-Beuel, wo er ab 2014 sechs Jahre lang als Bezirksbürgermeister amtierte. Als 2016 die Frage an ihn gerichtet wurde, ob er nicht 2017 für den Landtag kandidieren wolle, habe er lange mit sich gerungen, ob er Berufspolitiker werden wolle. Bislang hatte der Diplom-Finanzwirt bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben gearbeitet und zuletzt die Abteilung für Presse und Kommunikation geleitet. Déus trat an und gewann seinen Wahlkreis, der zuvor lange von der SPD gehalten worden war.

Woher sein seltener Nachname kommt, weiß Guido Déus, CDU-Landtagsabgeordneter und Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Bonn, selbst nicht genau. Einige vermuten, dass er aus dem Hugenottischen stammt, andere glauben an portugiesische Wurzeln.

Schon in seinem Elternhaus hat Déus erlebt, wie selbstverständlich man sich politisch und gesellschaftlich engagiert. Seine Mutter war im Pfarrgemeinderat und Kirchenvorstand, sein Vater in der Schul- und Stadtschulpflegschaft aktiv. Früh wurde Déus Messdiener in der wunderschönen Doppelkirche in Bonn-Schwarzrheindorf, engagierte sich in der Jugendarbeit und leitete Jugendgruppen.

Seine politische Karriere war vorgezeichnet, als ihn sein Vater mit in den Ortsverband der CDU nahm. Mit 19 Jahren trat er selbst in die Partei ein. Dabei sei es ihm weniger um die „große Weltpolitik“ gegangen. Er habe sich um die Sorgen und Nöte der Menschen vor Ort gekümmert, um die Ausstattung der Schulen, den Zustand der Straßen, die Schaffung von Baugebieten, die Einrichtung von barrierefreien Bushaltestellen, bis hin zur Rettung des Tante-Emma-Ladens oder der Jugendbegegnungsstätte im Stadtteil.

Respekt vor dem Ehrenamt

Schon zwei Jahre nach seiner Wahl wurde die Position des kommunalpolitischen Sprechers in der CDU-Fraktion neu besetzt, und die Wahl fiel auf den im rheinischen Teil der Partei bestens vernetzten Déus, der jetzt im Landtag fortsetzt, was er in Bezirksvertretung und Rat begonnen hat. Er kümmere sich fortan auf NRW-Ebene um die Sorgen und Nöte der Menschen, um Gesundheit und Arbeitsplatz, um die mittelständische Wirtschaft, den Einzelhandel, um Gastronomie oder Veranstalter, aber auch Vereine, denen in der Pandemie die Einnahmen weggebrochen seien. Aus tiefem Respekt vor der Arbeit unzähliger Ehrenamtlicher unterstütze er Vereine wie Bürgerinitiativen, die aus seiner Sicht den sozialen Kitt unserer Gesellschaft darstellen, kurz, er versuche, Landes- und Kommunalpolitik bestmöglich miteinander zu verschränken, so berichtet er aus seiner Ausschussarbeit.

Die Folgen der Corona-Pandemie haben auch ihn in doppelter Hinsicht getroffen. Trotz zweifacher Impfung, Nutzung der Corona-Warn-App und regelmäßigem Testen steckte er sich vor einigen Monaten an. Der Verlauf habe einer schweren Grippe geähnelt, zwei Wochen musste er mit Fieber und anderen Symptomen zu Hause bleiben. Seine politische Arbeitsweise habe sich in Zeiten der Pandemie auch erheblich verändert. Déus fehlt das direkte persönliche Gespräch. In anderen Zeiten würde er in den ersten Monaten des Jahres Gast und Ansprechpartner für viele auf Neujahrsempfängen und Karnevalsveranstaltungen sein, jetzt sitzt er zu Hause oft vor drei Bildschirmen und springt von einer

Videokonferenz zur nächsten. Doch er ist zuversichtlich, dass die Pandemie in überschaubarer Zeit abklingt und sich nur noch wie eine normale Grippe bemerkbar macht.

Wenn Déus, was selten genug vorkommt, nicht von der Politik in Beschlag genommen ist, dann versucht er, für ein paar Tage wegzufahren. Ganz ohne Politik geht's dann allerdings auch nicht, Handy und iPad sind immer dabei. Und wenn er nur ein paar Stunden frei hat, dann trifft er sich mit engen Freunden zum Essen, Trinken und Klönen. *Peter Jansen*

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

„Homo Deus“ von Yuval Noah Harari, ein Buch, auf das ich aufgrund des Titels aufmerksam wurde, welches sich beim Lesen aber als wertvolle Lektüre entpuppte. Das Thema ist die Auseinandersetzung mit einer möglichen Zukunft der Menschheit und die Aufforderung, diese Zukunft selbst mitzugestalten.

Welche Musik hören Sie gerne?

Mein Musikgeschmack ist weit gefächert und stimmungsabhängig. Von 50er-/60er-Jahre-Musik über die meine Generation prägende 80er-Jahre-Musik, auch mal Klassik, bis zu manch überwiegend deutschsprachigen Sängern dieser Tage. Einer meiner Liebessänger ist aber Billy Joel.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Orangensaft, Kaffeemilch und eine leckere Pfeffersalami.

Ihr liebstes Reiseziel?

Von klein auf das Stubaital in Tirol. In dieser herrlichen Umgebung habe ich die Möglichkeit, einen Schritt zurückzutreten, das Erlebte selbstkritisch zu reflektieren und meinen Kopf frei zu bekommen. Dort kann ich neue Energie und Kraft schöpfen sowie neue Visionen und Projekte entwickeln.

Aber auch in meiner Heimatstadt Bonn gibt es viele Orte, an denen ich entspannen und Abstand gewinnen kann: etwa die Rheinufer in Bonn und Beuel, die Doppelkirche in Schwarzrheindorf oder eines der gemütlichen Straßencafés.

Zur Person

Guido Déus wurde am 29. Mai 1968 in Köln-Porz geboren. Nach dem Abitur absolvierte er eine Ausbildung im gehobenen nichttechnischen Dienst der Bundesvermögensverwaltung sowie ein Studium an der Fachhochschule des Bundes, Fachbereich Finanzen, das er als Diplom-Finanzwirt abschloss. Déus ist Bundesbeamter bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Seit 1987 ist er Mitglied der CDU und seit 2017 Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen.

Kurz notiert

Antrittsbesuch

Der neue griechische Generalkonsul in Düsseldorf, Vassilis Koinis, hat dem Landtag Nordrhein-Westfalen am 16. Februar 2022 seinen Antrittsbesuch abgestattet. Der Präsident des Landtags, André Kuper, tauschte sich mit dem Diplomaten über bilaterale und europapolitische Themen aus. Der Präsident sagte: „Viele Vorfahren der heute in Nordrhein-Westfalen lebenden Griechinnen und Griechen kamen bereits in den 1950er- und 1960er-Jahren in unser Land. Sie halfen beim Aufbau und unterstützten den wirtschaftlichen Aufschwung. Und unsere Länder pflegen schon lange enge und gute Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und persönlicher Ebene zueinander. Gemeinsam arbeiten wir daran, sie zu pflegen und weiter zu vertiefen.“ Nordrhein-Westfalen beheimatet mit rund 140.000 Menschen die größte griechische Gemeinde außerhalb Griechenlands in Europa. In ganz Deutschland leben mehr als 300.000 Menschen griechischer Herkunft.

Honorarkonsulin

Am 17. Februar 2022 hat der Präsident des Landtags, André Kuper, die Honorarkonsulin des Vereinigten Königreichs und Nordirland in Nordrhein-Westfalen mit Sitz in Paderborn, Susan Speller, empfangen. Mit der Ernennung von Speller möchte die britische Regierung die besondere Beziehung zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich würdigen. Diese spiegelt sich wider in der Präsenz der seit 1945 stationierten britischen Streitkräfte, der mehr als 3.000 in Nordrhein-Westfalen lebenden britischen Staatsbürgerinnen und -bürger sowie den zahlreichen wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Verbindungen.

Gestorben

- 25.1. **Doris Langenbruch** (SPD/74)
MdL 1994 – 1995
- 30.1. **Paul Mohr** (CDU/85)
MdL 1983 – 1995 und 1998 – 2000
- 7.2. **Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU/86)
MdL 1966 – 2005,
Vizepräsident des Landtags 1982 – 2000
- 15.2. **Siegfried Martsch** (Grüne/68)
MdL 1990 – 2000

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 12. April 2022.



Foto: Schälte

Band der Solidarität

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat auch in diesem Jahr den Tag der Kinderhospizarbeit unterstützt. Auf der Videowand am Vorplatz des Parlaments wurde am 10. Februar auf die wichtige Arbeit von Kinderhospizen und ambulanten Hospizdiensten hingewiesen. Die bundesweite Aktion „Ein grünes Band, das verbindet“ macht auf die Situation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit lebensverkürzender Erkrankung und deren Familien aufmerksam. Der Präsident des Landtags, André Kuper (Foto), sagte: „Die Hospizarbeit ist ein wichtiges Angebot für Familien in einer besonders schwierigen und emotionalen Lebenssituation. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geben kranken Kindern Geborgenheit, entlasten Eltern und Angehörige und sorgen für ein Stück Normalität. Als Zeichen der Verbundenheit tragen wir diese Arbeit in die Öffentlichkeit.“ www.deutscher-kinderhospizverein.de